

ERSCHEINT MIT UNTERSTÜTZUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Januar 2008

GESELLSCHAFT

Schweres Taktieren rund um den Lissabonvertrag

Der Prozess der Verabschiedung des sog. Lissabonvertrags schuf einen seltsamen Spielraum zum Taktieren im Parlament. Obwohl es um eine internationale Agenda geht, wurde dieser zum Ventil inländischer Probleme. Zur Ratifizierung eines solchen Vertrags bedarf es einer Verfassungsmehrheit von 90 Abgeordneten, wobei die Koalition über 85 Stimmen verfügt. Es sind mindestens 5 Oppositionsstimmen notwendig.

5 Stimmen der Opposition gibt es nicht

Unter „normalen Bedingungen“ wäre es sicherlich kein Problem, Stimmen der Opposition für eine solche Agenda (mit Ausnahme jener der KDH, die den Vertrag kritisieren) zu gewinnen. Das würde gelingen, wären nicht die innenpolitischen Beziehungen wegen des umstrittenen Pressegesetzentwurfs angespannt.

Die Opposition machte ihre Unterstützung für das Dokument von der Übereinkunft über die umstrittene Regierungsvorlage des Pressegesetzes abhängig. Dieses könnte nach Ansicht der Opposition und Journalisteninstitutionen die Pressefreiheit im Land gefährden.

Parlamentsvorsitzender Pavol Paška beschuldigte den Oppositionsführer Mikuláš Dzurinda (SDKÚ-DS) der Erpressung. Aus der Regierungskoalition resonierte auch Kritik, wonach die slowakische Opposition die Reformprozesse in der EU blockiere. Die Opposition verteidigte ihre „erpresserische“ Haltung damit, dass es beim Entwurf des Pressegesetzes um eine ernsthafte Frage der Demokratie in der Slowakei ginge (siehe anderen Beitrag). Die beiden größeren Oppositionsparteien SDKÚ-DS und SMK bestätigten mehrmals, sofort nach Verabschiedung eines für sie akzeptablen Pressegesetzes für den Lissabonvertrag zu stimmen. Nach Meinung der Christdemokraten werden durch den Reformvertrag Brüssel zu viele Kompetenzen auf Kosten der Mitgliedsstaaten gewährt.

ÜBERSICHT

GESELLSCHAFT

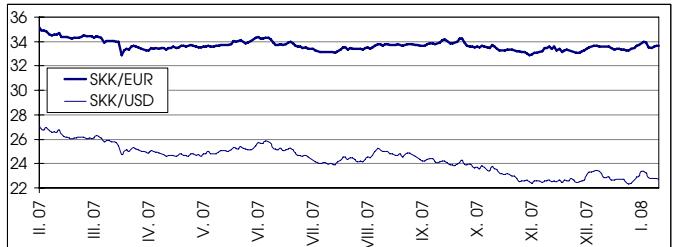
Schweres Taktieren rund um den Lissabonvertrag.....	1
Neues Pressegesetz weckt Besorgnis.....	2
Austausch des Verteidigungsministers nach umstrittener Aus-schreibung.....	2
Privatisierung der SPP erneut attackiert.....	2

WIRTSCHAFT

Bericht der Europäischen Kom-mission mahnt zu mehr Sparsamkeit.....	3
Positive Erwartungen, aber auch Besorgnis wegen Inflation....	3
Entschlackung der zweiten Rentensäule in Angriff genommen	4
Amtliche Arbeitslosigkeit sank um zwei Prozentpunkte.....	4
Slowakei erzielt 2007 ein mäßig verbessertes Rating.....	4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (II. 2007 – I. 2008)



Quelle: NBS

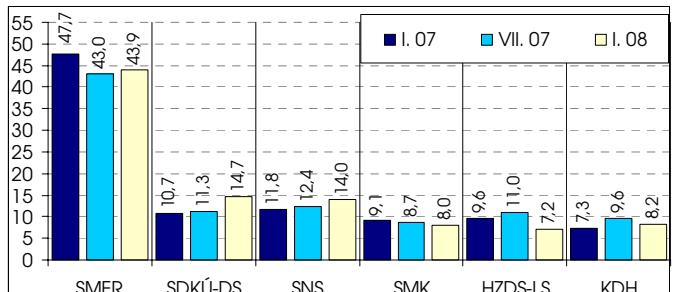
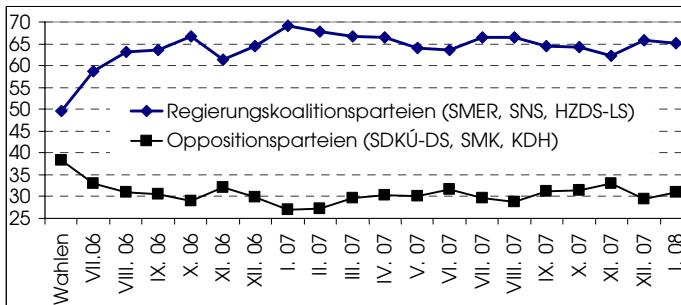
MEINUNGSUMFRAGEN

	2004	2005	2006	2007*	2008*
BIP-Wachstumstempo (%, real)	5,4	6,0	8,3	8,9*	7,0*
Inflation (CPI)	7,5	2,7	4,5	2,6*	2,5*
Arbeitslosigkeitsrate*** (%)	18,1	16,2	13,3	11,3*	11,0
Rating (Moody's)	A3	A2	A1	A1	A1*
SKK/USD	32,3	31	30,6	24,7	24,9*
SKK/EUR	40	38,6	37,5	33,8	35,2*

* die M.E.S.A.10 Vorhersage;

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik, Diagramm M.E.S.A.10

Die Slowakei wird nicht unter den Ersten sein das macht aber nichts

Das slowakische Tauziehen um den Lissabonvertrag sorgte in der Union für Überraschung. Manche Politiker aus Brüssel riefen bereits Bratislava auf, Verantwortung zu zeigen. Slowakische Regierungspolitiker warnten wiederum vor dem möglichen Verlust des guten Namens im Ausland. Inzwischen wurde der Vertrag schon in Ungarn, Slowenien, Rumänien, auf Malta und von der unteren Kammer des französischen Parlaments verabschiedet. Das Bemühen der Regierungskoalition, bei der Genehmigung des Lissabonvertrags unter den ersten Mitgliedsländern der Europäischen Union zu sein, ist wohl gescheitert. Die Abstimmung darüber wurde auf ungewiss vertagt, vor der Abstimmung verließen die Oppositionsabgeordneten regelmäßig den Sitzungssaal.

Noch während der Pattsituation im Parlament versicherte Premier Robert Fico beim inoffiziellen Besuch Sloweniens seinen Partner Janez Janša, dass die meisten slowakischen Abgeordneten die Ratifizierung des Lissabonvertrags unterstützen und das Land die Situation meistern werde. Sicher, der Kern des Problems war diesmal wirklich nicht der Inhalt des Dokuments, der Vertrag diente eher als Instrument eines (wohl bisher vergeblichen) Drucks. Zwei der drei Oppositionsparteien sprechen sich nämlich für den Vertrag aus und nutzten diese Haltung als taktisches Manöver. Der ehemalige Premier Mikuláš Dzurinda betonte, dass das Vorgehen der Opposition nicht das Ziel verfolge, die Genehmigung des Lissabonvertrags zu torpedieren, sondern demokratische Werte zu beschützen.

Der Vorsitzende der Koalitionspartei LS-HZDS Vladimír Mečiar eröffnete die Frage einer Volksabstimmung über den Lissabonvertrag. Mečiars Partei werde eine Zeit lang warten, sollte sich jedoch die Koalition mit der Opposition an der Unterstützung des Vertrags nicht einigen, werde über ein Referendum entschieden. Dieser Vorschlag Vladimír Mečiars wirkte eher so, als ob dieser Aufmerksamkeit wecken wollte: Die Annahme des Lissabonvertrags im Referendum ist eher unwahrscheinlich. Grund dafür sind bisherige negative Erfahrungen mit Volksabstimmungen (bisher war nur ein Einiges von sechs gültig, es gibt Befürchtungen der Politiker vor unerwarteten Ergebnissen oder auch zeitliche Bedrängnis wegen der Vorbereitungen). Viel wahrscheinlicher ist eine spätere Verabschiedung im Parlament.

Neues Pressegesetz weckt Besorgnis

Es geht um das „heißeste“ politische Thema vergangener Wochen. Zugegebenermaßen ist bei einem 42 Jahre alten Pressegesetz eine Änderung angebracht. Die vorgelegte Version rief jedoch Besorgnis hervor. Vielleicht wäre diese Besorgnis nicht so groß, wäre die Regierung in einer nicht standardgemäßen Konfliktbeziehung mit den Medien. Da der Premier die Medien wiederholt verbal attackierte, gibt es noch größere Befürchtungen davor, dass die Regierung mit dem Pressegesetz die Oberhand über die Medien gewinnen möchte.

Der Streit um den Entwurf des Pressegesetzes spitzte sich dermaßen zu, dass die Opposition die Unterstützung der Ratifizierung des sog. Lissabonvertrags von der Abänderung des Pressegesetzentwurfs (siehe andere Stelle) abhängig machte. Politiker der Opposition warfen zum Beispiel der Regierungsvorlage vor, ein Recht auf Antwort den durch Presseartikel betroffenen Leuten auch dann einzuräumen, sollten die genannten Informationen der Wahrheit entsprechen. Eine solche Bestimmung könnten laut Kritikern Politiker zur Präsentation ihrer Meinungen in den Medien missbrauchen. Der Gesetzentwurf wurde von mehreren internationalen Journalistenorganisationen, aber auch von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kritisiert. Laut OSZE greife der Entwurf in die Meinungsfreiheit ein.

Aus dem jetzigen Gesetz übernimmt der Entwurf das Recht auf Korrektur, die die Medien binnen acht Tagen veröffentlichen müssen. Es wird das Recht auf Antwort und zusätzliche Mitteilung hinzugefügt. Das Recht auf Antwort bedeutet, dass die Zeitung binnen drei Tagen den Standpunkt der betroffenen Person auf gleicher Stelle mit gleicher Schrift wie im Artikel veröffentlichen muss. Gekennzeichnet wird diese mit dem Wort Antwort in Titelschrift samt Name oder Bezeichnung des Antragstellers. Das Recht auf zusätzliche Mitteilung verpflichtet die Zeitung zur Veröffentlichung eines rechtskräftigen Abschlusses des Verfahrens im Fall, über den die Zeitung schrieb.

Der Gesetzentwurf wurde auch als vage und verschleiernd bezeichnet. Gleichzeitig verringerte er das Recht des Bürgers auf Information oder sein Recht, öffentliche Vertreter über die Medien zu kontrollieren. Es kam der Verdacht auf, dass es um einen Racheakt der Exekutive gegen die Medien gehe.

Austausch des Verteidigungsministers nach umstrittener Ausschreibung

Nach dem Bekanntwerden der Affäre rund um Ausschreibungen für Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten von Armeeeinrichtungen trat Verteidigungsminister František Kašický zurück. Die Ausschreibungen erwiesen sich als überteuert.

Der frühere Verteidigungsminister fing jedoch an, sich auf einen diplomatischen Posten vorzubereiten. Somit wird er für den Verlust des politischen Postens vorzeitig kompensiert.

Neuer Verteidigungsminister wurde Jaroslav Baška, der weitere Ermittlungen hinsichtlich der Verantwortung für die überteuerten Ausschreibungen zusicherte. Die erwähnten Ausschreibungen erreichten einen Wert von nahezu vier Milliarden Kronen (für den Zeitraum von 4 Jahren). Waren die Ausschreibungen nicht gestoppt worden, käme es angesichts der angenommenen Ressortausgaben zur mehrfachen Übersteuerung der in Auftrag gegebenen Arbeiten. Ironischerweise wurden somit Ausschreibungen für Reinigungsarbeiten zum Auslöser von „Reinigungen“ auf dem Ministerium.

Privatisierung der SPP erneut attackiert

Erwartungsgemäß griff die Regierung die im Jahr 2002 abgeschlossene Privatisierung der Slowakischen Gasindustrie (SPP) an. Die Regierung empfahl der Staatsanwaltschaft, den Verkauf des Minderheitsaktienpakets der SPP (49%) zu untersuchen. Dabei können einige Umstände der Privatisierung der Slowakischen Gasindustrie (SPP) gerichtlich nicht mehr untersucht werden, weil sie schon verjährt sind. Das betrifft wahrscheinlich die Auswahl des Privatisierungsberaters oder die Sicherung der Transaktion gegen das Wechselkursrisiko. Laut des Regierungskabinetts wurde die SPP von der früheren Regierung Mikuláš Dzurindas unter ihrem Preis verkauft, für umstritten hält die Regierung auch die Auswahl des Privatisierungsberaters und die Höhe seiner Belohnung. Der Bericht über die Privatisierung der SPP wurde bereits auch vom Parlament beraten. Die Koalitionsmeinheit im Hohen Haus bestätigte den Regierungsstandpunkt, wonach bei der Privatisierung gegen das Gesetz verstößen wurde. Die Abgeordneten setzten den Beschluss trotz der Proteste der Opposition durch, nach deren Meinung nur Gerichte über Gesetzesverstöße entscheiden könnten. Vom Nationalrat wurde auch eine Veröffentlichung der Privatisierungsverträge genehmigt.

Das Minderheitspaket der SPP-Aktien wurde 2002 von der deutschen Gesellschaft Ruhrgas und der französischen Gaz de France erworben. Der Preis betrug 2,7 Milliarden US-Dollar (nach damaligem Kurs über 120 Milliarden Sk). Die Aktienmehrheit der Gaswerke blieb in staatlicher Hand.

Worauf basieren die Vorbehalte der Regierungskoalition? Im Privatisierungsbericht führt das Wirtschaftsministerium der SR Folgendes an:

- Angeblich wurden Voraussetzungen zum finanziellen Aushöhlen dieser Gesellschaft geschaffen. Laut Wirtschaftsministerium machte in der Vergangenheit der Nachrichtendienst SIS auf das Problem aufmerksam.
- Für einen schwerwiegenden Mangel beim Verkauf von 49 Prozent der SPP-Aktien hält das Wirtschaftsministeri-

um die Tatsache, dass die Slowakei trotz des mehrheitlichen Aktienbesitzes des Unternehmens die Rechte des Mehrheitsaktionärs nicht ausüben kann.

- Die endgültige Höhe des Verkaufsvertrags wurde dadurch beeinflusst, dass in der Schlussphase des Verkaufs ein einziger Interessent – das Konsortium Ruhrgas, Gas de France und Gazprom – übrig blieb (und dass seine Vertreter von ihrer einzigartigen Position wussten).
- Nicht in Ordnung war angeblich auch die Schätzung der SPP seitens des Privatisierungsberaters Credit Suisse First Boston Ltd. (CSFB).
- Die Slowakische Republik zahlte angeblich dem Privatisierungsberater um 13,5 Mill. US-Dollar mehr als der zweiterfolgreichste Interessent für seine Dienstleistungen anbot.
- Der vereinbarte Verkaufspreis von 2,7 Mld. US-Dollar sank infolge der Wech-

selkursänderung vom Zeitpunkt der Vertragsvereinbarung bis zur Auszahlung real um 7,37 Mld. Kronen. Zur Eliminierung möglicher Verluste und Sicherung erwarteter Einkünfte beim Verkauf der SPP-Aktien wurden keine entsprechenden Maßnahmen getroffen.

- Zu den Mängeln während des Verkaufs gehört auch der Verlust mehrerer Dokumente, einschließlich des notariellen Protokolls von der Öffnung der Privatisierungsangebote.

Die Attacke auf die Privatisierung der SPP war angesichts der Standpunkte der Vertreter der jetzigen Regierungskoalition zu erwarten. Es gibt jedoch das Risiko einer juristischen Blamage, wenn statt der Gerichte die Regierungskoalition über Gültigkeit oder Ungültigkeit von Verträgen entscheiden möchte.

WIRTSCHAFT

Bericht der Europäischen Kommission mahnt zu mehr Spar- samkeit

Die Bewertung des slowakischen Aktualisierten Konvergenzprogramms durch die Europäische Kommission (EK) brachte Kritik insofern, als die Slowakei zu wenig öffentliche Finanzen einspare. In ihrer Bewertung führt die EK an, die Slowakei sollte rascher ein „Budgetpolster“ anlegen, um künftigen Inflationsrisiken besser zu begegnen. Die Regierung schafft somit nicht genügend Druck gegen Preissteigerungen nach der Euroeinführung. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Slowakei den Euro im Januar 2009 übernimmt, ist wohl auch nicht nach diesem kritischen Vorbehalt der EK gesunden.

Das Defizit öffentlicher Finanzen fürs Vorjahr wird zirka 2,5% des BIP betragen (eine endgültige Zahl ist noch nicht bekannt), also erheblich unter dem 3-prozentigen Kriterium der Union. Beim außerordentlich starken Wachstum der Wirtschaft gab es aber Gelegenheit, damit die Regierung ein noch besseres Ergebnis erzielt.

Die Slowakei sollte auch mit der Erfüllung des Inflationskriteriums keine Probleme haben. Zum Zeitpunkt, zu welchem wir von der Union bewertet werden, ist eine Inflation von rund 2,1% zu erwarten, mit Abstand unterhalb des Inflationskriteriums (dies wird etwa 2,8% betragen).

Zweifel gibt es eher bei der Fähigkeit, die Kriterien auch der Euroeinführung zu erfüllen. Es wächst die Wahrscheinlichkeit einer Inflationssteigerung im Laufe dieses und des kommenden Jahres nach

der Erfüllung der Kriterien zur Euroübernahme. Grund der Besorgnisse ist das Verschwinden des bisher wirkenden Effekts der erstarkenden Krone und eine mögliche Energiepreiserhöhung, die von der Regierung derzeit künstlich gedämpft wird. Das andauernde starke Wirtschaftswachstum in Verbindung mit der steigenden Seltenheit der Arbeitskräfte kann auch einen Inflationsdruck bewirken.

Der Bescheid, in dem die EK zur Steigerung der Konsolidierungsbemühungen in den öffentlichen Finanzen aufruft, enthält nach der Nationalbank der Slowakei (NBS) keine neuen, unerwarteten oder ungünstigen Tatsachen. Laut der Zentralbank sei es wichtig, dass die Regierung die jetzige günstige Wirtschaftslage auf bestmögliche Weise zur bestmöglichen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nutze.

Regierung und NBS werden sich mit dem Verdacht, sie seien nicht imstande, die Kriterien für das Defizit öffentlicher Finanzen und für Preissteigerung dauerhaft zu erfüllen, auseinander setzen müssen. Der Misserfolg Litauens bei der Erfüllung des Inflationskriteriums und die heftige Steigerung der Inflationsrate in Slowenien nach der Euroübernahme bewegen die EK und die Europäische Zentralbank zu mehr Vorsicht. Die Regierung solle daher laut EK „weitere Strukturreformen“ (leider ohne Konkretisierung) vornehmen und eine „strenge fiskalische Disziplin“ als die im Konvergenzprogramm enthaltenen, einführen.

Weitere Vorbehalte der EK:

- Die EK bezweifelt das günstige Bild öffentlicher Finanzen, das die Regierung nach Brüssel schickte. Sie stellt fest, das starke Wirtschaftswachstum und der Zufluss ausländischer Investitionen er-

möglich ein kurzfristiges Flicken des Lochs in der Staatskasse. Das Ziel der Regierung, das Budgetdefizit von 0,8 Prozent im Jahr 2010 zu erreichen, hält sie jedoch für gefährdet. „Besonders aus dem Grunde, weil es keine verbindlichen Obergrenzen für Staatsausgaben gebe. Risikoreich sind gemeinsame Investitionen mit dem Privatsektor, vor allem der Bau von Autobahnen.“

- Fragen bleiben laut Bewertung der EK auch bei der Verlässlichkeit langfristiger Investitionen in die Bildung, da die Regierung hier vor allem die Strukturfonds der Union in Anspruch nehmen möchte. Hierbei ist ein endgültiger Beitrag nicht zu garantieren und es ist eine Kofinanzierung erforderlich, d.h. eine Belastung für die heimischen öffentlichen Finanzen.
- Die EK hält auch vor, dass Regionen im Osten vom jetzigen Wirtschaftswachstum nicht profitieren.
- Für die Konkurrenzfähigkeit des Landes sind auch die nur in einige wenige Zentren konzentrierten Investitionen in Wissenschaft und Forschung wenig hilfreich

Das slowakische Konvergenzprogramm ist zwar konsistent, mit dem Ziel, die Bedingungen zur Euroübernahme zu erfüllen, die Regierung müsste jedoch weitere Schritte in Richtung mehr fiskalische Disziplin setzen. Die Chance zur Einführung des Euro ist aber trotz Vorbehalten des EK-Bewertungsberichtes hoch.

Positive Erwartungen, aber auch Besorgnis wegen Inflation

Während die Europäische Kommission die in den slowakischen öffentlichen Finanzen verborgene Risiken kritisch betrachtete, so stellte sie die guten Aussichten für eine günstige makroökonomische Entwicklung (siehe anderer Beitrag) gar nicht in Frage. Zur gleichen Zeit kam auch die Stellungnahme mit positiven Erwartungen von der Weltbank (WB) oder des heimischen Instituts für Finanzpolitik (IFP).

Laut Weltbank sind die wirtschaftlichen Aussichten der Slowakei positiv

Die wirtschaftliche Aussicht der Slowakei für die kommenden Jahre ist laut der WB positiv. Dies geht aus dem neuesten regelmäßigen Wirtschaftsbericht der Weltbank (WB) für die neuen Mitgliedsländer der Europäischen Union hervor. Ähnliche Aussichten gelten trotz des Risikos eines Rückgangs im Wirtschaftswachstum und Inflationssteigerung außer der Slowakei auch für die anderen neuen Unionssmitglieder. Da das Wirtschaftswachstum in der Slowakei auf Investitionen begründet ist, die im äußerst kurzen Zeitraum akkumuliert wurden, ist laut der WB kein Überheizen der Wirtschaft zu befürchten. Das Potenzial der Wirtschaft hat sich nämlich erheblich gesteigert. Trotz positiver Aussichten mahnt die WB die Länder in der Region einschließlich der Slowakei zur Fortsetzung struktureller Reformen, die in den vergangenen Jahren zum Stillstand kamen.

Die drohende Rezession in den USA und anderen hoch entwickelten Ökonomien sei laut der WB nur eine relativ geringe Gefahr für die Slowakei und die Region neuer EU-Mitgliedsländer. Es gebe nur wenig Kanäle zur Beeinflussung dieser Ökonomien durch die US-Rezession.

IFP legte optimistischere Prognose vor

Das Institut für Finanzpolitik (IFP) beim Finanzministerium der SR ließ noch mehr Zuversicht in ihren Prognosen der makroökonomischen Entwicklung der SR aufkommen, indem er die Vorhersagen des Wirtschaftswachstums von 2008 bis 2010 merklich anhob. 2008 sollte laut IFP die Wirtschaft real um 7,5% steigen, während im September 2007 ein

Wachstum von 6,8% prognostiziert wurde. Gegenüber den ursprünglich prognostizierten 5,8% sollte das Wirtschaftswachstum 2009 6,4% erreichen. Die abgeänderte Prognose des BIP-Wachstums ist außer des Effekts der neuen Produktion in der Kraftfahrzeug- und elektrotechnischen Industrie auch auf die Folgen optimistischer Schätzungen der Auswirkungen des Beitritts zur Eurozone zurückzuführen.

Das IFP setzte aber auch seine Schätzungen bei dem Durchschnittsanstieg der Verbraucherpreise auf. War es im September ein für 2008 prognostizierter, mit einem nationalen (nicht harmonisierten) Verbraucherpreisindex gemessener Wert von 2,0%, so wird vom Institut nach der Aktualisierung im Januar eine Inflation von 3,3% im heurigen Jahr erwartet. Die Inflation für 2009 wurde von demselben gegenüber früheren Prognosen um 0,6 auf 3,1% angehoben. Grund sind laut des Ministeriums ein höheres Wachstum von Lebensmittel- und Rohölpreisen, höhere Schätzungen der Auswirkungen der Euro-einführung, Beschleunigung der Preiskonvergenz durch die Mitgliedschaft in der Eurozone und der erwartete Einfluss der Tabaksteuererhöhung sowie Einführung von Energiesteuern. Die Anhebung der Inflationsprognose wird jedoch laut des Ministeriums die Erfüllung des Maastrichter Inflationskriteriums nicht gefährden.

Entschlackung der zweiten Rentensäule in Angriff genommen

Die Regierung machte im Laufe von 2007 die „Öffnung“ der zweiten (Kapital-) Säule des Altersrentensystems möglich. Das bedeutet, dass den Bürgern erneut die Möglichkeit gegeben wird, aus dem System auszutreten. Aus der Rhetorik der Regierung geht jedoch ein Aufruf zum Ausstieg aus der zweiten Säule, einem Transfer des akkumulierten Betrags an die Sozialversicherung. In der Vergangenheit hatte die Regierung wiederholt jene Bürger verunsichert, die in die zweite Säule eingetreten waren. Dabei verwendete sie Argumente, wonach es keine Garantien gebe und malte die Rentenverwaltungsgesellschaften in düsteren Farben aus. Ein freiwilliger Ausstieg aus der 2. Säule und zwar bis Ende Juni dieses Jahres wird den Sparern in der Novelle des Gesetzes über Sozialversicherung garantiert. Dabei besteht das System erst seit kurzem und ist das Ergebnis der Pensionsreform der vorangegangenen Regierung von Mikuláš Dzurinda.

Im ersten Halbjahr 2008 bleibt das System also offen und es sind schon die ersten Turbulenzen zu verzeichnen: 4 395 Sparer sind aus der zweiten Säule des Rentensystems im Januar ausgestiegen, 964 sind eingetreten. Die Anzahl der Sparer in der zweiten, der sog. Kapitalstocksäule beträgt zurzeit 1.559 Millionen. Es sind weitere Ausstiege von Sparsern zu erwarten, austreten werden wohl besonders diejenige, bei denen es wahrscheinlich ist, dass sie nicht ausreichend lang im System verbleiben werden, damit sie davon finanziell profitieren. Außerdem werden vielleicht Teile jener von der Regierung Verunsicherten gehen.

Amtliche Arbeitslosigkeit sank um zwei Prozentpunkte

Das Durchschnittsniveau amtlicher Arbeitslosigkeit (d.h. der von den Arbeitsämtern aufgrund eigener Unterlagen angegebenen Rate) erreichte 2007 einen Wert von 8,4%. Das ist um zwei Prozentpunkte weniger als im Vorjahr (10,4%). Die nach Auswahlerhebung ausgewiesene Arbeitslosenrate des Jahres 2007 (noch nicht veröffentlicht) wird wohl ebenfalls zwischenjährlich um etwa 2 Prozentpunkte sinken, wird aber eher ca. 11,3% betragen.

Slowakei erzielt 2007 ein mäßig verbessertes Rating

In den letzten Jahren wurde die Wertung der Slowakei seitens anerkannter Ratingagenturen regelmäßig besser. Zu diesem Zeitpunkt ist bereits festzustellen, dass auch 2007 keine Ausnahme war. In diesem Jahr kam es zwar zu keinen wesentlichen Änderungen der Wertung der Slowakei bei den bekanntesten Ratingagenturen, einige von ihnen haben zumindest die Aussichten geändert.

Das Rating (nicht die Stufe, nur Aussicht) wurde von den Agenturen Fitch Ratings und JCR abgeändert. Beide änderten ihre Aussichten von stabil in positiv. Eine Übersicht der Ratingwertung der slowakischen Wirtschaft ist in Tabelle 1 enthalten. Bei allen genannten Agenturen befindet sich die Slowakei im Investitionsbereich (nicht Spekulationsbereich), in der erwähnten Zeitspanne seit 2005 ist eine Bewegung in die erwünschte Richtung erkennbar.

Tabelle 1: Ratingbewertung der Slowakischen Republik

Agentur	Standard & Poor's	Moody's	Fitch Ratings	R & I	JCR
2007	A stabile Aussicht	A1 stabile Aussicht	A positive Aussicht (ab Juli)	A- stabile Aussicht	A positive Aussicht (ab Juni)
2006	A stabile Aussicht	A1 stabile Aussicht (ab Oktober)	A stabile Aussicht	A- stabile Aussicht (ab Oktober)	A stable Aussicht (ab September)
2005	A stabile Aussicht (ab Dezember)	A2 stabile Aussicht	A stabile Aussicht (ab Oktober)	BBB+ stabile Aussicht (ab Juni)	A- stabile Aussicht

Quelle: NBS